

«Das Rentenalter 65 ist diskriminierend»

Radikale Forderung von Felix E. Müller Der ehemalige Chefredaktor der «NZZ am Sonntag» will die Pensionierung abschaffen und plädiert für eine umfassende Liberalisierung des Rentensystems. Alle sollten selbst bestimmen dürfen, wie lange sie arbeiten.

Sandro Benini

Es ist eine «Streitschrift» mit einem radikalen Vorschlag: die Pensionierung abzuschaffen. Wie kommt der pensionierte Journalist Felix E. Müller auf diese Idee? Hat es vielleicht damit zu tun, dass er selbst mit seinem Dasein als Rentner hadert? Darauf antwortet er in diesem Interview.

Herr Müller, vergangenes Jahr haben mehr als 74 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Erhöhung des Rentenalters abgelehnt. Sie fordern nun in einem Buch, die Pensionierung gleich ganz abzuschaffen. Sind Sie unter die Utopisten gegangen?
Die Debatte über die Anhebung des Rentenalters ist ein Irrläufer. Es wird dafür niemals eine Mehrheit geben. Stattdessen sollte man das ganze System radikal liberalisieren.

Das heisst?
Jeder Mensch soll selber entscheiden können, in welchem Alter er in den Ruhestand tritt. Mit diesem Ansatz würde die fruchtlose Debatte um die Erhöhung des Rentenalters endlich beendet.

Aber mehrheitsfähig ist Ihr Vorschlag erst recht nicht.
Da bin ich mir nicht so sicher. Das Angebot, dass jemand das Ende seiner Erwerbsphase in Absprache mit dem Arbeitgeber selbst bestimmen kann, ist durchaus attraktiv. Die Erwerbstätigen könnten in einem grösseren Ausmass frei über ihr Leben verfügen, als dies im Moment möglich ist.

«Gesunde Leute zwangsweise zu pensionieren, ist volkswirtschaftlich ein Unsinn.»

Haben Sie Ihre Pensionierung als traumatisches Ereignis empfunden?

Nein, weil ich ein atypischer Fall bin. Ich habe bis 67 in einem Vollzeitpensum gearbeitet und danach jahrelang mit einem Pensum von 50 Prozent. Ich bin also ein konkretes Beispiel dafür, wie es gemäss meinem Reformvorschlag ablaufen könnte.

Was spricht dafür, die Pensionierung abzuschaffen?

Es ist erstens ein volkswirtschaftlicher Unsinn, gesunde und arbeitsfähige Leute mit 65 zwangsweise in den Ruhestand zu schicken. Das gilt besonders in Zeiten, in denen ständig über Fachkräftemangel geklagt wird. Zweitens würden laut Umfragen nahezu die Hälfte der Beschäftigten gerne weiterarbeiten, können dies aber nicht, weil es ihnen der Arbeitgeber verunmöglicht oder weil es steuerlich ein Nachteil ist. Hinter dem heutigen System steckt auch eine völlig falsche Einstellung zum Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit.



«Sehr viele Leute leiden in der Pensionierung»: Felix E. Müller will verhindern, dass gelangweilte Rentner in Zermatt eine Wurst essen müssen. Foto: Clara Neugebauer

Nämlich?

Die Arbeit als unwürdige Plackerei. Und danach beginnt das paradiesische Rentnerdasein, in dem man sich endlich wirklichen kann. In Wirklichkeit leiden sehr viele Leute in der Pensionierung, weil sie nicht mehr wissen, was sie mit ihrem Leben und ihrer Zeit anfangen sollen. Man muss sich bloss einmal die Zahlen zu Depressionen oder Alkoholismus im Alter anschauen. Bedenkt man, welche Bedeutung die Arbeit in modernen Gesellschaften hat, ist eines unbestreitbar: Das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess ist ein biografisch zentraler Moment. Ich halte es für störend und hochgradig altersdiskriminierend, dass die Firmen oder der Staat als

Arbeitgeber den Zeitpunkt dieses Ereignisses unabhängig von individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten einfach festlegen.

In der Schweiz haben zwischen 15 und 20 Prozent der Pensionierten Mühe, finanziell durchzukommen. Menschen mit geringem Lohn könnten sich in Ihrem Modell genötigt sehen, weiterzuarbeiten, um dem Schicksal der Altersarmut zu entgehen.

Das System müsste so intelligent und grosszügig sein, um dies zu verhindern. Aber es gibt keinen plausiblen Grund, eine 65-jährige Juristin aus dem Arbeitsmarkt zu werfen, weil eine 62-jährige Verkäuferin verständlicherweise erschöpft ist.

Der ehemalige Chefredaktor der «NZZ am Sonntag» kann bis 80 weiterarbeiten.

Die Schuhverkäuferin steht vor der Perspektive: Altersarmut oder weitermachen. Und wenn sie es nicht tut, würde sie wahrscheinlich von den Aposteln der Selbstverantwortung zu hören bekommen: «Hättest ja weiterarbeiten können, dann hättest du deinen Lohn noch.» In Grossbritannien und den skandinavischen Ländern, die Ihr System bereits kennen, ist vor allem bei Frauen die Altersarmut deutlich gestiegen. Nochmals, es muss gelingen, ein Rentensystem so zu organisieren, dass genau dies möglichst selten passiert. Natürlich hat

jemand, der sein Leben lang auf dem Bau harte körperliche Arbeit geleistet hat, jedes Recht, schon mit 60 oder 62 aufzuhören und danach finanziell abgesichert zu sein. Aber in einer Google-Ökonomie ist ein starres Rentenalter 65 schlicht nicht mehr zeitgemäss. Die Selbstständigerwerbenden arbeiten heute schon so lange weiter, wie sie es können und wollen. Ich halte es für ungerecht, dass das heutige Pensionierungssystem den Festangestellten diese Möglichkeit faktisch verweigert.

Ihr Vorschlag ist doch vor allem attraktiv für Personen in leitender Funktion und mit gutem Lohn. Stellen wir uns die Folgen einmal konkret vor: Chefredaktoren, Uni-Professorinnen, leitende Beamte, die zehn oder sogar zwanzig Jahre auf ihren Sesseln kleben bleiben. Der Generationenwechsel würde massiv verzögert, neue Ansätze und Ideen würden ausgebremst.

Wer sagt denn, dass jemand bis 80 in derselben Position weiterarbeiten soll? Das halte ich auch für illusorisch. Aber was spricht dagegen, die Arbeitszeit schrittweise zu verringern und flexibler zu gestalten? Arbeitgeber könnten auch sagen: Du arbeitest in einer beratenden Funktion weiter, du betreust Projekte. Ja, dafür ist etwas Fantasie vonseiten des Arbeitgebers gefragt. Mein Plädoyer läuft darauf hinaus, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber beide flexibel sein sollten. Es gibt übrigens ein interessantes Umfrageergebnis.

Welches denn?

Eine Mehrheit der Arbeitgeber sagt, sie würden es eigentlich begrüessen, wenn ihre Angestellten auch nach dem 65. Geburtstag noch arbeiten wollen. Schaut man aber, welche Unternehmen dies aktiv und konkret ermöglichen oder erleichtern, stellt man fest: Es sind bescheidene 18 Prozent. Es gibt also eine grosse Diskrepanz zwischen der theoretischen Bereitschaft der Unternehmen, Anstellungen über das 65. Altersjahr hinaus zu ermöglichen – und der effektiven Umsetzung im Alltag. In der Praxis sagt man arbeitsfähigen Leuten: Ab jetzt fährst du mit dem GA nach Zermatt, um dort eine Bratwurst zu essen. Oder du machst eine Kreuzfahrt. Und was ist, wenn das jemand nicht will?

Vielleicht haben Arbeitgeber einfach keine Lust, irgendwelche Beraterstellen zu schaffen, um Leute mit hohem Lohn weiterzubeschäftigen. Das würde unweigerlich zu geringeren Löhnen für Berufseinsteiger führen. Deren bisherige Aufgaben übernimmt in vielen Branchen ohnehin die künstliche Intelligenz. Ihr Modell ist betriebswirtschaftlich nicht durchdacht und richtet sich gegen die Jungen.

Sie sehen das viel zu mechanistisch. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssten sich darüber absprechen, welche Bedürfnisse beide haben und zu welchen Konditionen und in welchem Um-

fang eine Weiterbeschäftigung für beide vorteilhaft ist. Und noch ein Wort zu den Jungen. Etwas überspitzt formuliert ist es doch heute so, dass man die Pensionierten, viele von ihnen Schweizerinnen und Schweizer, dank der Personenfreizügigkeit durch junge ausländische Fachkräfte ersetzt. Das ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn sondergleichen. Die massive Zuwanderung hängt zumindest teilweise damit zusammen. Und dies wiederum ermöglicht es der SVP, mit populistischen Slogans Wahlerfolge zu erzielen.

Sie gehen in Ihrem Buch auch auf die AHV-Reformdiskussion ein und schieben dabei den linken Parteien die alleinige Schuld an der Blockade zu.

«Jemand, der sein Leben lang körperlich hart gearbeitet hat, soll natürlich aufhören dürfen.»

Das ist, wie wenn ein ehemaliger Journalist der linken Wochenzeitung WOZ behaupten würde, schuld an der zunehmenden Ungleichheit seien einzig die Bürgerlichen. Ziemlich vorhersehbar.

Es ist eine realpolitische Tatsache, dass die linken Parteien jede Rentenreform torpedieren. Oder genauer, es gibt für sie nur eine Reform: früher aufhören und mehr bekommen.

Die Linke hat bei dieser Frage die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite.

Weil sie den Leuten suggeriert, sie würden etwas verlieren. Oder man würde ihnen etwas wegnehmen. Mit einer Abschaffung der faktischen Zwangspensionierung schenkt man den Leuten vielmehr etwas: Wahlfreiheit. Das gegenwärtige System ist allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung nicht aufrechtzuerhalten. Die Reformvorschläge der bürgerlichen Rentenpolitiker bewegen sich unoriginell nur innerhalb des bestehenden Systems. Sie sind auf die Erhöhung des Rentenalters fixiert – was in der Schweiz, wie Sie richtig sagen, in absehbarer Zeit offensichtlich nicht mehrheitsfähig ist.

Für wie gross halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Ihr Vorschlag jemals umgesetzt wird?

Ich würde mal sagen: 50 Prozent. So optimistisch bin ich auch Alter noch.

Felix E. Müller
Schafft die Pensionierung ab



Eine Streitschrift
Voima-Verlag, 2025
160 S., ca. 23 Fr.
Dienstag erhältlich